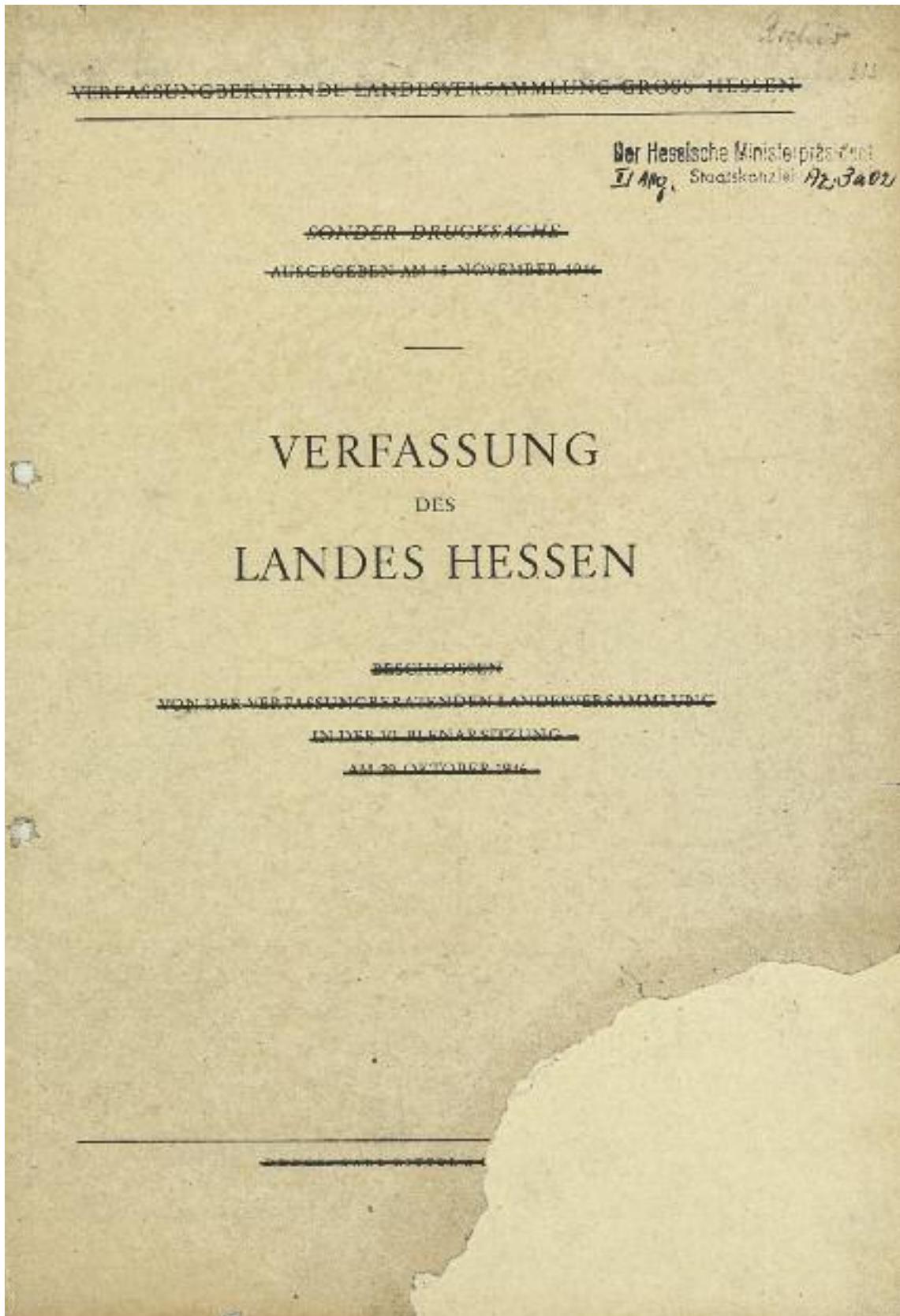


Als die Demokratie zurückkam

The Return of Democracy

Vonderau Museum Fulda

15. Juli bis 24. Oktober 2021



Begleitband zur Ausstellung

Als die Demokratie zurückkam

75 Jahre Verfassung in Hessen und Fulda

The Return of Democracy

The 75th Anniversary of
the Hessian Constitution

MICHAEL IMHOF VERLAG

Inhalt

Vorwort	6		
Als die Demokratie zurückkam	8		
Ausgangslage – Wir kommen als Sieger	12		
Initial situation — We come as victors			
Besetzung	13		
Verwaltung	20		
Groß-Hessen	23		
Erste Regierung	30		
Parteien	34		
Presse	41		
Wahlpremiere	51		
Auslöser – Demokratie auf Bestellung	56		
Trigger — Democracy on demand			
Amerikanische Direktive	57		
Zusammenspiel	60		
Flucht	64		
Vorbereitung – Eine eigene Verfassung	68		
Preparation – Own Constitution			
Beratender Landesausschuss	69		
Vorbereitender Verfassungsausschuss	73		
Fragebogenaktion	79		
Vorarbeiten	84		
Entnazifizierung	88		
Reeducation	96		
Legitimation – Erste gewählte Volksvertreter	100		
Legitimation — First elected representatives of the people			
Wahlmarathon	101		
Ausarbeitung – Konflikte und Lösungen	112		
Drafting — Conflicts and solutions			
Auftakt	113		
Konfliktfelder	118		
Konfliktverschärfung	129		
Verfassungskompromiss	133		
Genehmigung	137		
Freigabe – Das Volk entscheidet	140		
Approval — The people decide			
Landtagswahl und Volksentscheid	141		
Hungerwinter	148		
Konstituierung – Die Demokratie ist zurück	156		
Constitutional Deliberations — Democracy is back			
Weitergabe – Hessen als Vorbild	164		
Propagation — Hesse as a role model			
Gesamtdeutsche Verfassung	165		
Anpassungen – Demokratie in Bewegung	178		
Adjustments — Democracy in motion			
1950 Wahlsystem	179		
1970 Verjüngung	184		
1991 Umweltschutz und Direktwahl	188		
2002 Konnexitätsprinzip, Legislaturperiode, Sport	192		
2011 Schuldenbremse	195		
2018 Verfassungsrevision	200		
Impressum	206		

Ausgangslage

Wir kommen als Sieger

Initial situation

We come as victors



Amerikanische Soldaten mit einem erbeuteten Porträt Adolf Hitlers im Lichtweg in Fulda. Stadtarchiv Fulda

Besetzung

Die Amerikaner kommen als Sieger

Am 22. März 1945 setzen Einheiten der US-Armee bei Oppenheim über den Rhein. Sie betreten damit erstmals Gebiete, die zu dem später gegründeten Land Groß-Hessen gehören. Die Amerikaner erobern innerhalb von 14 Tagen das heutige Hessen und stoßen dabei nur vereinzelt auf hartnäckigen Widerstand.

Sie kommen in ein zerstörtes Land: Die Großstädte liegen nach den alliierten Luftangriffen zu Dreiviertel in Schutt und Asche. Auf dem Stadtschloss von Fulda weht am Ostermontag, dem 2. April, die weiße Fahne. In ihrer „Bekanntmachung! An die Zivilbevölkerung!“ vom folgenden Tag stellen die Amerikaner heraus, dass sie als Sieger und Besatzer kommen – nicht als Befreier. Daher spielen in den ersten Monaten deutsche Interessen oder Fragen des Wiederaufbaus für sie keine Rolle. Die US-Soldaten leben auch in Fulda in beschlagnahmten Wohnungen. Ihre besonders gesicherten Quartiere dürfen nur mit Ausweis betreten werden. In Fulda wie andernorts verschärft sich die durch Hunger, Brennstoffmangel und Wohnungsnot gekennzeichnete Lage in dramatischer Weise mit der Ankunft von Vertriebenen und Geflüchteten vornehmlich aus dem Osten Deutschlands. W.M.

Occupation

The American forces arrive as victors

On March 22, 1945, units of the U.S. Army cross the Rhine at Oppenheim. They thus enter territories belonging to the state of Greater Hesse, founded at a later date, for the first time. Within 14 days, the Americans conquer what is now Hesse, encountering only isolated pockets of stubborn resistance. They are entering a destroyed country: three-quarters of the major cities are in ruins after the Allied air raids. The white flag waves on the town palace of Fulda on Easter Monday, April 2. In their “Announcement! To the civilian population!” of the following day, the Americans emphasize that they are coming as victors and occupiers — not as liberators. Therefore, German interests or matters of reconstruction are not of any importance to them during the first months. The U.S. soldiers live in confiscated apartments in Fulda as well. Their specially secured quarters may only be entered with a pass. In Fulda, as elsewhere, the situation, characterized by starvation, fuel shortages, and housing shortages, worsens dramatically with the arrival of expellees and refugees, primarily from eastern Germany.

Dwight David Eisenhower

Von der Besatzungszone ins Weiße Haus



Als Dwight David Eisenhower (14.10.1890–28.3.1969) 1946 die Proklamation Nr. 1 unterzeichnet, ahnt niemand, dass unter dem Dokument das Autogramm eines späteren US-Präsidenten steht. Mit der Proklamation tritt ein selbstbewusster Sieger den geschlagenen Deutschen gegenüber. Nach der Kapitulation der

Wehrmacht wird er Militärgouverneur der US-Besatzungszone. Mit dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg ist er ab 1942 Leiter des amerikanischen Hauptquartiers in Europa und Generalleutnant. Er leitet zahlreiche siegreiche Operationen und wird mehrfach befördert. 1952 beendet er den Militärdienst. Ein Jahr später wählen ihn die US-Amerikaner zum 34. Präsidenten. Der Republikaner gewinnt auch die Wiederwahl und verlässt 1961

das Weiße Haus. *National Archives*

→ Proklamation

Die von Eisenhower erlassene und im Zuge des amerikanischen Vormarsches verbreitete „Proklamation Nr. 1“ ist der erste Wegweiser der neuen Machthaber für die deutsche Bevölkerung. Das Verhältnis zwischen Siegern und Besiegten wird geklärt und der Weg hin zur Entnazifizierung Deutschlands aufgewiesen. Der Nationalsozialismus soll restlos beseitigt werden. *Stadtarchiv Fulda*



Zwischen den Trümmern Frankfurts entsteht die Frankfurter Rundschau. Die Journalisten arbeiten in notdürftig hergerichteten Räumen, oft mit der Schreibmaschine auf den Knien. Picture Alliance

Wahlpremiere

Demokratieaufbau „von unten nach oben“

First election

Building democracy “from the bottom up”

Lucius D. Clay beauftragt im November 1945 seinen Berater James K. Pollock zu prüfen, ob bald Wahlen abgehalten werden können. Obwohl einige unter den Deutschen und Amerikanern Bedenken hegen, weil sie die Bevölkerung noch nicht reif für ein Votum halten, empfiehlt Pollock baldige Wahlen. Auch Clay verspricht sich davon einen demokratischen Impuls. Der Aufbau demokratischer Strukturen erfolgt von „unten nach oben“: Er beginnt im Januar 1946 mit Wahlen in den Gemeinden und endet mit den Landtagswahlen am 1. Dezember. Wählen dürfen Deutsche ab 21 Jahren, aber keine ehemaligen Amtsträgerinnen und Amtsträger der Hitler-Zeit und Mitglieder der NSDAP, die vor dem 1. Mai 1937 in die Partei eingetreten sind. Immerhin acht Prozent der Bevölkerung bleiben so vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die ersten freien Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg finden am 20. und 27. Januar 1946 in Orten mit bis zu 20.000 Einwohnern statt. Von 17 hessischen Kreisen liegt die Wahlbeteiligung bei der Gemeindewahl am 20. Januar im Kreis Fulda mit 91,8 % am höchsten. Die CDU dominiert im Kreis Fulda als einer katholischen Hochburg mit 80 %; die SPD kommt auf mager 8,2 %, während KPD und LDP nicht mal

Lucius D. Clay instructs his advisor James K. Pollock in November 1945 to assess whether elections can be held soon. Although some among the Germans and Americans have reservations because they do not think the population is ready for a vote, Pollock recommends early elections. Clay, too, expects this to provide some democratic momentum. The establishment of democratic structures takes place from the “bottom up”: It begins in January 1946 with elections in the municipalities and ends with the state elections on December 1. Germans over the age of 21 are allowed to vote, but not former office holders of the Hitler era or members of the NSDAP who joined the party before May 1, 1937. Thus, at least eight percent of the population remains excluded from the right to vote. The first free elections after World War II take place on January 20 and 27, 1946, in towns with a population of up to 20,000 people. Of 17 Hessian districts, voter turnout for the municipal election on January 20 is highest in the Fulda district, at 91.8%. The CDU dominates in the Fulda district, a Catholic strong-

Flucht

Eine Million Vertriebene

Refugees

One million displaced persons

Rund zwölf Millionen Deutsche aus den abgetrennten Ostgebieten fliehen in die vier Besatzungszonen. Nach Hessen kommen bis in die Nachkriegszeit mehr als eine Million Vertriebene. Allein 1946 nimmt Hessen fast 400.000 Menschen auf, vor allem Sudetendeutsche. Deren Verteilung stellt die hessischen Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen. Fulda richtet Ende 1945 in der Rabanusstraße ein Durchgangslager ein. Von dort werden die Vertriebenen in die vom Krieg wenig zerstörten ländlichen Gebiete gebracht. Insgesamt 51.818 Personen erhalten Nachtquartier und Verpflegung. Die schwierige Versorgungslage und große Wohnungsnot erschweren die Unterbringung und berufliche Eingliederung der Neubürger. In den 1950er Jahren begründet Ministerpräsident Georg-August Zinn mit dem Hessenplan ein beispielloses Entwicklungsprogramm, das Wohnraum und Arbeitsplätze für die Neubürger schafft. Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Integration der Vertriebenen gilt heute als Erfolgsgeschichte.

Around twelve million Germans from the separated eastern territories flee to the four occupation zones. More than one million displaced persons arrive in Hesse in the post-war period. In 1946 alone, Hesse takes in almost 400,000 people, mainly Sudeten-Germans. Their distribution poses a great challenge to the cities and communities of Hesse.

At the end of 1945, Fulda sets up a transit camp in the Rabanus Street (Rabanusstraße). From there, the expellees are taken to the rural areas, which have suffered significantly less destruction during the war. A total of 51,818 people are given nightly accommodations and food. The difficult supply situation and great housing shortage make the accommodation and professional integration of the new citizens difficult.

In the 1950s, Hessian Prime Minister Georg-August Zinn establishes the "Hessenplan", an unprecedented development program that creates housing and jobs for the new citizens. Today, the economic, social and cultural integration of the displaced populations is considered a success story.

→ Fluchtgepäck

Auf der Flucht nimmt Sigurd Palme aus Auscha (tschechisch Ústěk) in der Nähe von Leitmeritz im Sudetenland einen kleinen Rucksack mit in die neue Heimat nach Deutschland.

Das Gepäck darf 30 bis 50 kg nicht überschreiten.

Stadtarchiv Fulda (Nachlass Heimatmuseum Leitmeritz)/

Foto: Daniel Bley

↓ Wohnungsnot

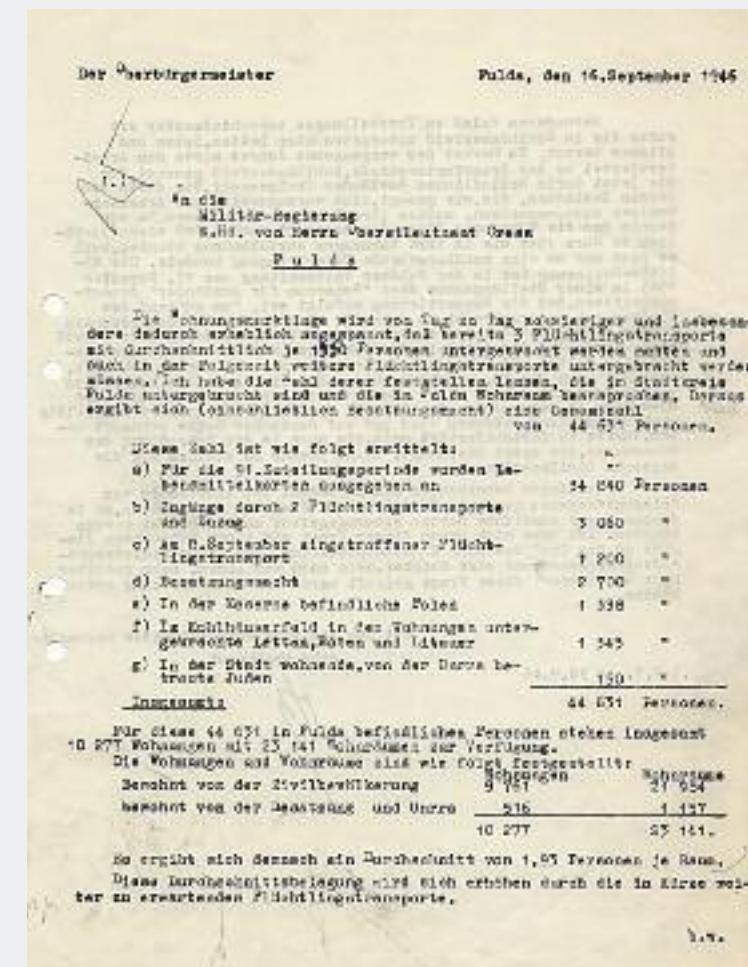
Im September 1946 wendet sich Oberbürgermeister Dr. Cuno Raabe an die Militärregierung wegen der angespannten Wohnraumsituation in Fulda. Diese habe sich durch 4.260 Heimatvertriebene aus drei Transporten, 2.700 Angehörigen der Besatzungsmacht und rund 2.800 Displaced Persons weiter verschärft. Der Anteil der Vertriebenen an der Wohnbevölkerung liegt in Fulda aufgrund der Verteilungspolitik Ende des Jahres bei 14,8 %, fast dreimal höher als der Landesdurchschnitt. Die Militärregierung beendet die Transporte im Winter 1946 und sperrt die US-Zone für weitere Zuzüge. *Stadtarchiv Fulda*



↓ Eingliederung

Nach der Flucht aus Landskron kommt Alois Pleyer mit dem ersten Vertriebenentransport am 23. Februar 1946 am Fuldaer Bahnhof an. Am nächsten Tag erreicht er die Gemeinde Hainzell im Landkreis Fulda, die seine neue Heimat wird. Durch das Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 erhält er einen Ausweis für Vertriebene und Flüchtlinge der Bundesrepublik Deutschland. Dieser dient als Auskunfts nachweis und gewährt den Vertriebenen bestimmte Rechte und Leistungen.

Leihgabe Alois Pleyer



Walter Jellinek

Fulminante Rückkehr aus dem Zwangsruhestand



Den Jura-Professor, der die hessische Landesverfassung entscheidend beeinflusst, versetzen die Nationalsozialisten 1933 in den Zwangsruhestand. Walter Jellinek (12.7.1885–9.6.1955) darf erst nach dem Untergang des Regimes wieder seine Lehrertätigkeit aufnehmen. Große Verdienste erwirbt er sich um den

Wiederaufbau der Universität Heidelberg. Jellinek, der am Ersten Weltkrieg teilnimmt, ist maßgeblich an der Ausarbeitung der Verwaltungsgerichtsgesetze der Länder in der US-Besatzungszone beteiligt. Als Mitglied des Vorbereitenden Verfassungsausschusses in Hessen prägt er den dort erarbeiteten Entwurf. Dieser bildet die Grundlage für die Verfassungsdiskussion. Aus seinen Werken ragt das „Verwaltungsrecht“ hervor. Dieses gilt als die letzte große systematische Darstellung des Verwaltungsrechts im liberalen Rechtsstaat. Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Grundrechte.

Entwurf für Großherzog von Walter Jellinek.

Nach Jahren unerträglicher Tyrannie erinnert sich das Volk der unveräußerlichen Menschenrechte, deren Gewährleistung allein das Leben lebenswert erscheinen lässt und jene freiwillige Einordnung in die staatliche Gemeinschaft erzeugt, ohne die kein Staat auf die Dauer bestehen kann.

Art. 1.

Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich. Keine Gesetzgebung noch Justiz noch Verwaltung dürfen willkürliche Unterscheidungen machen. Unterscheidungen nach Rasse oder Herkunft sind verboten, soweit sie nicht zur Wiedergutmachung geschehenen Unrechts erforderlich sind.

Im öffentlichen Leben ist die Frau den Mannen gleichgestellt.

Art. 2.

Alle Eingriffe der öffentlichen Gewalt in die Rechte einer Person bedürfen der gesetzlichen Grundlage. Niemand kann zu einer Handlung, Unterlassung oder Bildung gezwungen werden, die nicht dem Gesetze verlangt.

Art. 3.

Der von einer feindlichen Maßnahme Betroffene oder seine Angehörigen sind sofort oder innerhalb 48 Stunden vom Grunde der Maßnahme in Kenntnis zu setzen.

Art. 4.

XIX
Kein Strafgesetz hat rückwirkende Kraft, es sei denn, dass es für den Täter günstiger ist als das zur Zeit der Tat in Geltung gewesene Strafgesetz.

Niemand kann wegen der gleichen Tat mehr als einmal bestraft werden.
Bei nicht voll erwiesener Schuld ist der Angeklagte freigesprochen. Die Verurteilung eines Unschuldigen wiegt ungleich schwerer als die Freisprechung eines Schuldigen.

Verfassungsentwurf

Der Vorbereitende Verfassungsausschuss einigt sich, einen eigenen Verfassungsentwurf vorzulegen.

Trotz der Fristverlängerung bis zum 10. Juni steht dieses Unterfangen unter enormem Zeitdruck. Die Beratungen gehen nur schleppend voran und stehen kurz vor dem Scheitern. Einen entscheidenden Schritt in die richtige Richtung kann Jellinek beitragen. In verschiedenen Teilen hatte er einen eigenen Verfassungsentwurf erarbeitet, bei dem die Grundrechte im Mittelpunkt stehen. Der Entwurf dient als Grundlage für die Diskussion im Vorbereitenden Verfassungsausschuss. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

In the Denazification Tribunal [...] an anti-Nazi minority across all authorized political parties and non-partisan forces [...] begins to decide the fate of nearly 1,500,000 Nazis in the U.S. zone.

Im Spruchkammersystem [...] beginnt eine antinazistische Minderheit quer durch alle zugelassenen politischen Parteien und parteilosen Kräfte hindurch [...] über das Schicksal von annähernd 1.500.000 Nazis in der US-Zone zu entscheiden.

Walter Dorn, Bericht über die Durchführung des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, 22.7.1946.

Walter Dorn, Report on the Implementation of the Law for Liberation from National Socialism and Militarism, 7/22/1946

Entnazifizierung in Fulda

Kurz nach dem Einrücken der Amerikaner sind alle Zeichen und Symbole der nationalsozialistischen Herrschaft verboten. Sämtliche Gegenstände wie Flaggen, Hitler-Porträts oder Hakenkreuze werden entfernt und zerstört. Es folgen zahlreiche Umbenennungen von Straßen und Plätzen in der Stadt, die an Personen oder Organisationen der NS-Zeit erinnern. In Fulda erhält der frühere Adolf-Hitler-Platz, hier auf einer Aufnahme um 1935, die heutige Bezeichnung Unterm Heilig Kreuz. *Stadtarchiv Fulda*



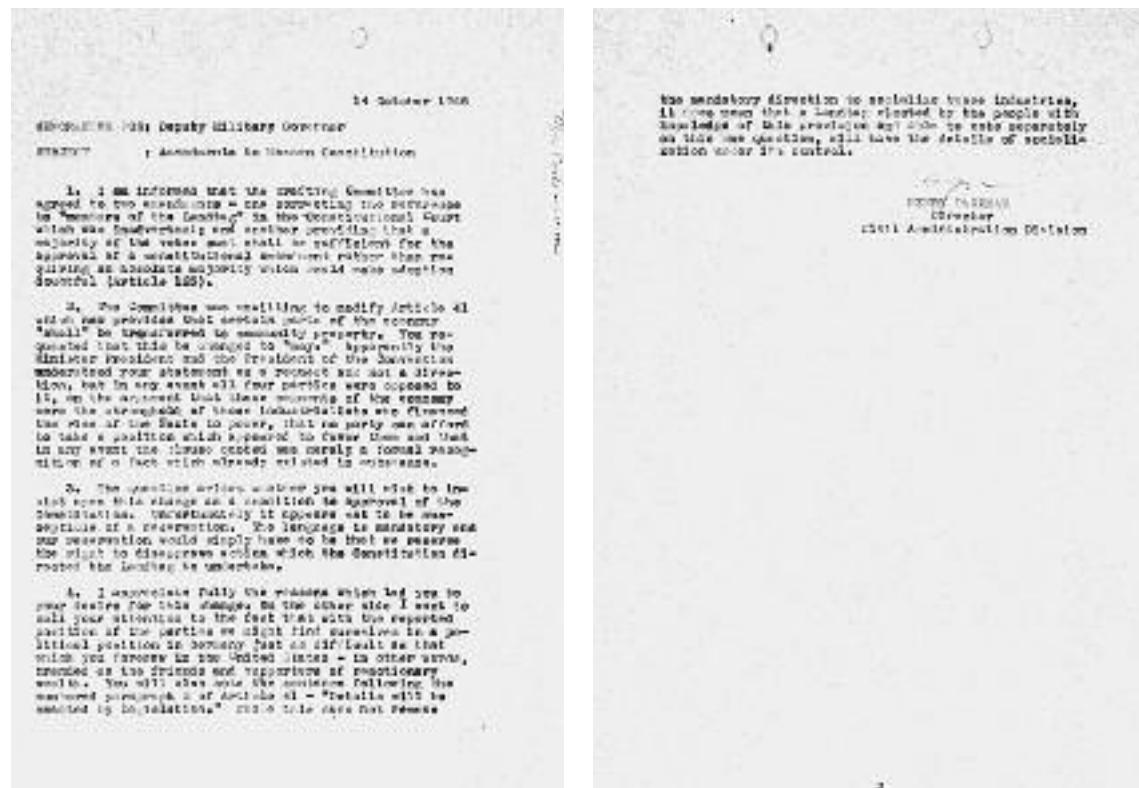
Walter Dorn
Interner Kritiker der US-Militärregierung



Den Mund lässt sich Walter Dorn (29.9.1894–16.2.1961) nicht verbieten. Er gilt zwar als Dritter Mann der US-Militärregierung hinter Dwight D. Eisenhower und Lucius D. Clay. Aber er kritisiert die Vorgehensweise der Besatzungsmacht und setzt sich für mehr Autonomie der Deutschen ein. Clay beklagt Dorns „vernichtende Kritik“. Der Historiker ist für Fragen der Entnazifizierung zuständig. Im Auftrag Eisenhowers ernannt er die Minister Groß-Hessens. Dorn beteiligt sich auch am Aufbau einer Bibliothek für beschlagnahmte NS-Dokumente in Berlin. Das Spezialgebiet des deutschstämmigen Geschichtsprofessors ist die preußische Geschichte des 18. Jahrhunderts. Deshalb kommt er in den 1930er Jahren mehrfach zu Archivforschungen nach Deutschland. 1947 kehrt Dorn an die Ohio State University zurück. *University of Ohio*

Ich sage ihm sofort, wenn das Wort „werden sozialisiert“ durch den Ausdruck „können sozialisiert werden“ auf Wunsch der Militärregierung ersetzt werden müsse, so werde meine Fraktion, [...] dieser Änderung im Landtag nicht zustimmen und werde ihre Anhänger auffordern, gegen die Verfassung zu stimmen.

Ludwig Bergsträsser, Tagebuch, September 1946



Bedenken

Am 4. Oktober trifft der Verfassungsentwurf bei der Civil Administration Division (CAD) in Berlin ein. Die Rückmeldungen aus dem Gremium an Clay sind moderat. Darüber hinaus kann er Ansprüche zur Mitbestimmung aus dem Washingtoner Außen- bzw. Kriegsministerium über persönliche Kontakte zum in Berlin weilenden stellvertretenden Kriegsminister Howard C. Petersen abschmettern. Clays einzige Forderung bleibt in einer ersten Rückmeldung: die Sozialisierung soll mit Verabschiedung der Verfassung nur eine Option statt beschlossene Sache sein. SPD und KPD protestieren dagegen vehement. Die CAD weist Clay in einem Schreiben darauf hin, dass sich die Militärregierung durch diesen Einwand verdächtig mache, Partei für Großunternehmer zu ergreifen, was unbedingt zu verhindern sei. Clay lenkt sodann ein, ordnet aber eine gesonderte Volksabstimmung über den Artikel an. Die Parteien nehmen dies hin. Institut für Zeitgeschichte München

OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT FOR GERMANY (US)
Office of the Military Governor
APO 142

29 October 1946

29 October 1946

Dr. Otto Witte
President
Hessen Constitutional Assembly
Wiesbaden, Greater Hesse

Herr Dr. Otto Witte
Präsident der Hessischen Verfassungsgesetzlichen Versammlung
Wiesbaden, Groß-Hessen

Dear Mr. President,

Im Namen der Militärregierung der Vereinigten Staaten habe ich die Bestimmungen des Verfassungsentwurfs des Staates Hessen, die am 2. Oktober 1946 beschlossen wurden, geprüft. Seit der ursprünglichen Vorlage der Verfassung habe ich erfahren, dass der Verfassungsausschuss die Zustimmung zu den Artikeln 17, 29, 36, 123 und 130 geschmiedet hat und ebenso bereit ist, eine getrennte Abstimmung über das Artikel 41 zu empfehlen.

Die Militärregierung der Vereinigten Staaten erkennt an, dass die Verfassung des Staates Hessen den Willen des Staates Hessen ausdrückt, wie er durch die gewählten Vertreter der Bürger des Staates bestimmt werden ist. Ferner ist sie überzeugt von den offensichtlichen Bestrebungen des Entwurfs, dass die Verfassung die Grundlagen der Demokratie verkörpern und die Rechte der Einzelperson sichern soll.

Übermahl wird die Verfassung mit den vorgeschlagenen, oben erwähnten Änderungen und den nachstehenden Vorbehalten zur Unterbreitung an das Volk geschmiedet einschließlich der Vorlage des Artikels 41 zu einer getrennen Abstimmung, damit das Volk seine Ansichten in die Abstimmung zum Ausdruck bringen kann. Selbstverständlich dürfen diese formalen und textuellen keine weiteren Änderungen mehr geweckt werden.

Natürlich unterliegt die von der Militärregierung zu dieser Verfassung gegebene Zustimmung den von den Vereinigten Staaten abgeschlossenen internationalen Abmachungen, der Viernächte-Gesetzgebung und den Maßnahmen, welche die Militärregierung sich vorbehält, um die Grundzüge der Besatzungspolitik durchzuführen. Insbesondere Artikel 130. Insbesondere möchte ich sagen, daß nach der Art der Bestimmungen in Artikel 1, 102 und 106 die Militärregierung sorgfältig prüfen muß, welche Schritte von den deutschen Behörden bezüglich dieser unkonkurrenz oder nicht unternommen werden sind. Schließlich muß betont werden, daß alle Bestimmungen der Verfassung die eine besondere Form für eine zukünftige deutsche Regierung oder besondere Beziehungen zwischen dieser Regierung und ihren Mitgliedsstaaten vorsehen, nur als Anweisung an den Vertreter Hessens angesehen werden können, nicht aber als ein Recht, die Teilnahme an irgendeiner deutschen Regierungsform, die von den alliierten Behörden als provisorisch begründet werden sollte, zu verweisen, oder als endgültige Regierungsform für das gesamte deutsche Volk.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Mitgliedern der Versammlung meine Anerkennung zu der großen Sorgfalt und Gründlichkeit aussprechen, mit der sie diese Arbeit ausgeführt haben, und an ihrer Mängel an die demokratischen Ideale, die wir alle verwirklicht sehen möchten.

Sincerely,

Sincerely,

Lucius D. Clay
LUCIUS D. CLAY
Lieutenant General, U. S. Army
Deputy Military Governor

32

Genehmigung

Die sechste Sitzung des Plenums läuft bereits einen halben Tag, da kommt die Genehmigung des Verfassungsentwurfs von General Lucius D. Clay in einem Schreiben an den Präsidenten der Verfassungsberatenden Landesversammlung Otto Witte. Es bleibt der Vorbehalt einer Änderung der Artikel 17, 29, 36, 123 und 130 des Verfassungsentwurfs vom 2. Oktober. Die Militärregierung erkennt damit an – Witte verliest das Schreiben in der laufenden Sitzung –, dass „die Verfassung des Staates Hessen den Willen des Staates Hessen ausdrückt, wie er durch die gewählten Vertreter der Bürger des Staates bestimmt worden ist“. Zudem ist Clay überzeugt, dass die Verfassung „die Grundlagen der Demokratie verkörpern und die Rechte der Einzelperson sichern soll.“ Bundesarchiv, Z 45 F, OMGUS, RGCO 11/32-1/10



Haben Sie mit zu der Erhaltung des Personen- und Nationalwahlrechts, Unterhaltung der überparteilichen und unparteilichen

Deutschen Wählergesellschaft e.V.

Franzosen/Max 1, Zürcherstrasse 40

Mit einem Flugblatt versucht die Deutsche Wählergesellschaft e.V. im Vorfeld der Volksabstimmung Unterstützer zu mobilisieren. Die unter anderem von Heinrich von Brentano gegründete Wählergesellschaft tritt für das Mehrheitswahlrecht ein, welches eine personalisierte Wahl ermöglichen würde. Mit einer namentlichen Wahl von Abgeordneten verbindet die Initiative ein bürgernäheres politisches System mit einer auf den jeweiligen Abgeordneten oder die Abgeordnete bezogene Verantwortlichkeit und nicht auf Fraktionen beschränkte demokratische Teilhabe. Konrad Adenauer Stiftung e.V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Plakatsammlung

→ Aufklärung

Der Landeswahlleiter informiert die wahlberechtigte Bevölkerung mit diesem Aushang über das anstehende Referendum zur Änderung des Wahlgesetzes in der Hessischen Verfassung. Detailliert werden die betroffenen Verfassungsartikel in ihrer alten und neuen Fassung gegenübergestellt und das Vorgehen bei Zustimmung oder Ablehnung erklärt. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden



Die Wählerschaft fordert Wahlreform

Die geheime Abstimmung im Bundestag einstimmig mißbilligt

Eigener Bericht

b. Frankfurt, 27. November. Die Deutsche Wählergesellschaft, die einflußreiche Mitglieder im ganzen Bundesgebiet besitzt, hat ihre diesjährige Hauptversammlung in der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität abgehalten, wo am Samstag und Sonntag zahlreiche Referate gehalten und Diskussionen veranstaltet wurden. Die Versammlung billigte einstimmig eine Resolution, in der es heißt, daß die Deutsche Wählergesellschaft die persönliche Verantwortung der Abgeordneten gegenüber ihren Wählern fordere. Die geheime Abstimmung im Parlament gefährde das Vertrauen der Wähler zu den Abgeordneten und sei daher abzulehnen.

Ferner heißt es, die Wählergesellschaft habe in ihrer Hauptversammlung festgestellt, daß der Beschuß des Bundestages vom 3. November über die vorläufige Bundeshauptstadt sich aus dem heimlichen Fraktionszwang erklären lasse. Sie könne daher nicht billigen, daß der Mitbegründer der Deutschen Wählergesellschaft, der Abgeordnete der Christlich-Demokratischen Union Dr. von Brentano, an der Einführung der geheimen Abstimmung im Bundestag aktiv mitgewirkt habe. Sie sei aber der Ansicht, daß das Übel seine Wurzeln im Verhältniswahlsystem habe. Die Wählergesellschaft habe daher ihren Beachluß bekräftigt, alles zu tun, um durch eine grundsätzliche Änderung des Wahlsystems eine funktionierende, von dem Geiste der Öffentlichkeit und der Verantwortlichkeit getragenen Demokratie zu schaffen. „Die Wählergemeinschaft fordere, daß der Bundestag so schnell wie möglich die Vorarbeiten für eine solche Wahlreform in Angriff nimmt. Sie ruft alle fortschrittlichen Demokraten auf, sie in diesem Kampf zu unterstützen.“

Am Samstagabend verantwortete sich der Vorsitzende der Fraktion der Christlich-Demokratischen Union/Christlich-Sozialen Union im Bundestag, Dr. von Brentano, in einer fast vierstündigen Diskussion vor den Mitgliedern der Wählergesellschaft und vor Frankfurter Bürgern über sein Verhalten bei der geheimen Abstimmung des Bundestages. Brentano erklärte, daß er geglaubt habe, durch die geheime Abstimmung eine freie Entscheidung für diejenigen Abgeordneten ermöglichen zu können, die sonst dem Frak-

tionszwang erlegen wären. Er selbst könne bekennen, daß er für Frankfurt gestimmt habe.

Die Wählergesellschaft kündigte an, daß sie bereits zehntausend Unterschriften in Hessen gesammelt habe, um der Verabsiedlung des Gesetzes über das Volksbegehren in Hessen Nachdruck zu verleihen, das erst in drei Monaten vom Parlament verabschiedet werden soll. Die Wählergesellschaft wird sofort nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in Hessen ein Volksbegehren einleiten, um den Wahlparagraphen der hessischen Verfassung dahingehend abzuändern, daß anstelle des Verhältniswahlsystems die Persönlichkeitswahl gesetzt wird.

Will Heuß idyllisch?

Der Zwischenfall im Bundestag

y. Bonn, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Bundeskanzler Dr. Adenauer hat am Samstag vor dem Verein „Unionspresse“, in dem die der Christlich-Demokratischen Union nahestehenden Zeitungen zusammenge schlossen sind, in Königswinter über die außen- und innenpolitische Lage gesprochen. Dr. Adenauer nannte den 24. November einen großen und erfreulichen Tag für Deutschland.

Der Zwischenfall am Ende der Debatte im Bundestag habe dem Ansehen des deutschen Parlamentes im Auslande sehr geschadet.

In Bonn verlautet, Bundespräsident Professor Heuß habe die Absicht, in den schweren Konflikten zwischen der Regierung und der Opposition schlichtend einzutreten.